



## Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Ferdinand Mang, Katrin Ebner-Steiner, Martin Böhm** und  
**Fraktion (AfD)**

### **Zukunftsfähige Lösungen in und für Bayern – Abkehr von der gescheiterten, grünen Energiewende im Haushaltsentwurf für 2023 festschreiben**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Landtag unverzüglich einen Entwurf für das Haushaltsgesetz 2023 vorzulegen. Darin sollen insbesondere

- die Förderung für die Erforschung zukunftsfähiger Energieerzeugung, wie z. B. Dual-Fluid- oder Thorium-Flüssigsalz-Reaktoren,
- die Reduktion aller Förderungen für „die Bekämpfung des Klimawandels“ und der gescheiterten, grünen Energiewende,
- eine sofortige Sperre für die verbliebenen Mittel in Kapitel 13 18 mit Namen „Corona-Investitionsprogramm“, bis über dessen Rechtmäßigkeit befunden wurde,
- keinerlei Landesmittel für das „Klimaticket“ bzw. den Nachfolger des 9-Euro-Tickets,
- für den kommenden Härtefallfonds eine klare Namensgebung, z. B. „Sonderfonds gescheiterte Energiewende“

vorgesehen werden.

#### **Begründung:**

Aktuelle Krisen erfordern zukunftsfähige und nachhaltige Lösungen, auch auf Landesebene. Die Staatsregierung zögert, wie in dieser Legislaturperiode üblich, die Vorlage des Entwurfs für das Haushaltsgesetz 2023 hinaus. Die in der Bayerischen Haushaltsordnung festgehaltene Vorlagefrist wurde für das Jahr 2022 erneut übergangen. Gleichzeitig wurde vorab medienwirksam von Staatsminister der Finanzen und für Heimat Albert Füracker verkündet, dass die Kommunen im Jahr 2023 mit satten 11,3 Mrd. Euro ausgestattet werden.<sup>1</sup> Im selben Artikel wird angedeutet, dass die Staatsregierung eine weitere Steuerschätzung abwarten möchte, bevor der Haushaltsentwurf veröffentlicht wird. Eine unverzügliche Vorlage des Entwurfs ist aber geboten, auch wenn eine Verabschiedung dieses Jahr zeitlich kaum zu bewältigen wäre. Denn sowohl Bund als auch andere Länder verabschiedeten ihre Haushalte in den vergangenen, krisengeplagten Jahren fristgemäß vor dem Beginn des neuen Haushaltsjahres.

<sup>1</sup> <https://www.sueddeutsche.de/bayern/bayern-finanzausgleich-kommunen-fueracker-1.5680525>

Wir dürfen nicht bis April damit warten,

- die Erforschung zukunftsfähiger Energieerzeugung zu fördern. Weltweit werden neue Kernreaktoren gebaut und es wird zur sicheren, zivilen Nutzung von Kernenergie geforscht. Auch in Deutschland kann die Kernenergie problemlos eingesetzt werden - schließlich ist die Kernenergie „grün“ laut EU-Taxonomie.
- die Ausgabemittel für die Treiber der grünen Inflation zu reduzieren. Ausgaben für Elektroexperimente, z. B. Elektrobusse, die sich am freien Markt nicht durchsetzen können, kann sich der Freistaat nicht mehr leisten. Tatsächlich ist das milliarden-schwere Landesprogramm „Klimaland Bayern“ unter den momentanen Bedingungen ein Hohn für Bürger und Unternehmen, die ihre Stromrechnung nicht mehr bezahlen können.
- die Mittel aus dem „Corona-Investitionsprogramm“ zu sperren. Auch wenn schon viel Geld im Jahr 2022 aus diesem Kapitel abgeflossen ist, gilt es jeden Euro weitere Kreditaufnahme zu verhindern. Das „Corona-Investitionsprogramm“ hatte und hat keinen sachlichen Bezug zu der tatsächlichen Coronapandemie und erfüllt, ebenso wie die „Hightech Agenda Plus“, nicht die Voraussetzungen für eine Kreditfinanzierung. Auch der Oberste Rechnungshof (ORH) kommentiert in seiner Unterrichtung des Landtags und der Staatsregierung aus dem Februar 2022 diese Maßnahme kritisch. Die im Investitionsprogramm finanzierten Maßnahmen haben ihren Ursprung allesamt vor der Coronapandemie. Die Hightech Agenda startete bereits 2019 und der Digitalisierungsrückstand in Deutschland und Bayern ist seit fast einem Jahrzehnt bekannt. Selbst die sogenannte Klimakrise ist in der gängigen Erzählweise ihrer Vertreter ein Phänomen, das als Folge der Industrialisierung der vergangenen Jahrhunderte auftrat. Somit rückt ein möglicher unmittelbarer Veranlassungszusammenhang in weite Ferne.
- dem „Klimaticket“ eine klare Absage zu erteilen. Bereits das 9-Euro-Ticket führte zu chaotischen Zuständen bei der Bahn, zur massiven Abnutzung und zu Rekordwerten beim Krankenstand der Bahnmitarbeiter. Jede fünfte Fahrt verlief nicht nach Plan und die wichtigsten Bahn-Gewerkschaften summierten: „Wir merken: Das 9-Euro-Ticket macht krank.“<sup>2</sup> Das 9-Euro-Ticket und auch dessen Nachfolgeregelung belasteten und belasten den Bürger über Steuern und Abgaben, brachten und bringen aber ganzen Bevölkerungsschichten keinen Nutzen. Gerade Menschen im ländlichen Raum, die auf ihr Auto angewiesen sind, können nicht von der Regelung profitieren.
- eine klare Namensgebung beim Aufsetzen neuer Fonds zu verwenden. Der Fonds sollte nicht Härtefallfonds heißen, sondern „Sonderfonds gescheiterte Energiewende“. So ist jedem Bürger, jedem Unternehmer sofort klar, dass er aufgrund einer ideologiegetriebenen, falschen Politik in den letzten Jahrzehnten um seine Energiesicherheit und seinen Wohlstand gebracht wurde.

---

<sup>2</sup> <https://www1.wdr.de/nachrichten/bahn-zugausfaelle-krankenstand-neun-euro-ticket-100.html>